

Die „dezentrale Energieversorgung“ stärkt die Konzerne

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) verteilt [Materialpakete](#) zu den Themen „Energiewende von unten“ und „Die Wende – Energie in Bürgerhand“. „Die Energiewende geht voran“, heißt es im Aufruf. Die Kampagne richtet sich gegen die „alte Energiewirtschaft“, die nach Meinung des BUND die Energiewende mit allen Mitteln bekämpft: „Sie will ihre Profite sichern — und so lange wie möglich an konventionellen Energien und den zentralistischen Strukturen mit großen Kraftwerken festhalten.“ Der BUND propagiert die dezentrale Energieversorgung, aber er führt Anderes im Sinn.

Der BUND will ein neues Gesellschaftsmodell

Der BUND und zahlreiche andere Organisationen werben auf der Seite www.die-buergerenergiegewende.de für den Atomausstieg und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Geht es wirklich um eine effektive, optimale Energieversorgung? Nein, es geht um ein neues **Gesellschaftsmodell**: „Die Energiewende ist also weit mehr als eine Modernisierung der Energieversorgung — sie steht für einen gesellschaftlichen Wandel zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell. Einem Modell, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite weniger Großkonzerne.“

Dieses neue Gesellschaftsmodell, von dem die Befürworter der Erneuerbaren sprechen, ist nicht dokumentiert. Es gibt kein Programm, nur eine vage Idee.

„Management und Networking“ – ein neues Geschäftsmodell für Energiekonzerne

Die Idee einer „Energieversorgung in Bürgerhand“ ist reizvoll: Energiekonzerne sollen entmachtet und eine dezentrale Energieversorgung etabliert werden. Es gibt einige lokale Beispiele, die zeigen, dass dies funktionieren kann. Aber lassen sich diese Modelle auf große Industrieregionen oder unser Land übertragen? Werden sich die Machtverhältnisse durch selbst verwaltete Energiewandler wie von selbst ändern? Wer nicht träumt, hat Jeremy Rifkin, der im Juni 2013 eine Rede auf dem Dresdner Zukunftsforum hielt, richtig verstanden:

„Große Energieunternehmen von heute müssen sich in eine neue Rolle einfinden, die IT-Unternehmen schon in den 1990er Jahren gefunden haben: weg von der Produktion und hin zu **Management** und **Networking**. So lautet das Schlagwort von Rifkins Vision: *distributive energy* anstatt zentralisierter Energieversorger.“
(„[Wir brauchen eine Vision! Wir brauchen eine dritte industrielle Revolution!](#)“ – Keynote von Jeremy Rifkin, 5. Dresdner Zukunftsforum, 14. Juni 2013)



Jeremy Rifkin, ein grüner Prophet, den das [Handelsblatt](#) als „Rosamunde Pilcher unter den Ökonomen, der Gute-Laune-Bär unter den Top-Beratern von Politikern und wichtigen Vorstandschefs“ und die taz als „*das grüne Gewissen des Planeten*“ bezeichnet, hat der Hoffnung auf einen Wandel der Machtverhältnisse durch dezentrale Energieversorgung eine deutliche Absage erteilt. Diese Nachricht wird vermutlich von vielen nicht richtig verstanden.

Nach Rifkin sind die großen Energieunternehmen nicht tot, sondern haben eine neue Aufgabe: Sie sollen keinen Strom mehr produzieren, sondern das Gesamtmanagement der dezentral handelnden Produzenten übernehmen. In einem [Interview](#) mit der Zeit sagte Rifkin, dass deutsche Energieriesen einsähen, dass die wirklichen Wachstumsmöglichkeiten in einem „neuen Geschäftsmodell“ für die Energiekonzerne liege:

„Das alte Geschäftsmodell ist viel zu teuer: Stromnetze sind ineffizient, der

Emissionshandel wird fossile Energien noch unerschwinglicher machen. Das ist ein Spiel für Verlierer.“

Zu den Verlierern werden nicht die Stromkonzerne gehören, da sie das Management von Energie übernehmen, sondern, was Rifkin natürlich nicht ausdrücklich sagt, diejenigen, die den Strom produzieren. Dies sind die dezentralen Energieproduzenten.

Durch die Übernahme des Gesamtmanagements erhalten die neuen Energiekonzerne nicht weniger, sondern mehr Macht. Es wird nicht demokratischer, sondern zentralistischer und dirigistischer zugehen als je zuvor. Es wird neue Herren der Energieversorgung geben, die den Gesamtüberblick und die Verfügungsmacht über die Gesamtentwicklung der Energieversorgung haben werden. Ihnen unterliegt die komplette Kontrolle über die Verteilung des Stroms. Sie werden auch die Bedingungen dafür definieren, ob und wie überschüssiger Strom von welchen dezentralen Produzenten weitergeleitet wird. Dafür werden möglicherweise in Zukunft auch nicht mehr vier Energiekonzerne, die heute noch bestehen, sondern nur noch einer gebraucht werden und mit einer unermesslichen Machtfülle ausgestattet sein.

Wenn Technik und Visionen nicht zusammen passen

Visionen sind keine Grenzen gesetzt, Gedankenspielerereien sind wichtig für den Fortschritt. Schwierig wird es, wenn sie für bare Münzen genommen werden, wie dies bei den erneuerbaren Energien geschehen ist. Unter der Kanzlerschaft einer Physikerin schien vor dem Ausstiegsbeschluss eine Fehlentwicklung dieses Ausmaßes, wie wir ihn heute erleben, eigentlich undenkbar. Inzwischen wächst die Kritik, der Ausstieg aus der Atomkraft sei übereilt und konzeptionslos geschehen. Er droht auch nicht an dem Unwillen von Politikern oder Energiekonzernen zu scheitern, sondern daran, dass die Technik nicht hergibt, was sich Visionäre wünschen.

1. Versorgungsstabilität

Unser Stromnetz galt bisher als eines der sichersten und stabilsten der Welt. Seit der Energiewende steigt die Gefahr eines Blackouts. Es dämmert erst allmählich, dass dies in erster Linie mit den technisch begrenzten Möglichkeiten

zusammenhängt. Die Gefahr wächst, weil von einem falschen Ehrgeiz angetrieben, Strom durch erneuerbare Energien erzeugt wird, der in beliebigen Mengen und zu beliebigen Zeiten ins Netz eingespeist werden kann. Noch können Nachbarländer den überschüssigen, von uns subventionierten Strom zu extrem günstigen Preisen abnehmen, aber deren eigenes Netzsystem wird dadurch instabil, so dass sie anfangen, ihre eigenen Netzleitungen vom deutschen Stromnetz entkoppeln. Eine Regulierung müsste diesen durch Subventionen entstandenen Wildwuchs sofort stoppen.

Auch zukünftig werden die dezentralen Energieproduzenten nicht nur zu den Zeiten, wenn Wind und Sonne zur Stromerzeugung zur Verfügung stehen, sondern zu vorher definierten Zeiten eine definierte Leistung abgeben müssen, wenn das Stromnetz stabil bleiben soll. Nicht die vorhandenen Kraftwerke, sondern unser Stromnetz ist nicht dazu in der Lage, die erneuerbaren Energien in grenzenlosem Umfang aufzunehmen. Die Konsumenten übrigens auch nicht.

2. Netzstruktur

Unsere Netzstruktur ist ein ring- und sternförmiges, komplexes Wechselstromnetz, das alle Energieteilnehmer zwingt, sich an gewisse Regeln zu halten. Die Leistungen müssen synchronisiert werden, das heißt, es müssen vorher von allen Teilnehmern die Strommengen angegeben werden, um feststellen zu können, ob die Leitungskapazitäten ausreichen. Die Leitungsquerschnitte sind unterschiedlich und nicht beliebig belastbar. Eine dezentrale Stromversorgung muss demnach über dezentrale Speicher verfügen, da eine beliebige Einspeisung in das Netz zur Instabilität führt. Überlastungen führen dazu, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt das gesamte Netz zusammenbricht, weil die Netzsicherungen in diesem Fall abschalten. Das Netz wird anfangen unkontrolliert zu „schwingen“, so dass ein Lawineneffekt eintritt, der wegen der Vernetzung der Länder untereinander für gesamt Europa zu einem Blackout führt.

Das komplette Netz müsste also umstrukturiert werden. Dies ist denkbar, aber nicht zu bezahlen. Die dezentralen Energieproduzenten müssten auf eine Einspeisung in das zentrale Gemeinschaftsnetz verzichten. Dann allerdings müssten sie eine instabile Stromversorgung in Kauf nehmen und ein eigenes Netz aufbauen. Derzeit nutzen sie die Leitungen der Betreiber, die sie ablehnen.

3. Unkalkulierbarkeit der Instandhaltung

Verschwiegen wird von Industrie der erneuerbaren Energien und von deren

Anhängern ein weiterer Punkt: Die Investoren bestimmen die Geldflüsse, nicht die Energieproduzenten oder -verbraucher. Die Investoren/Betreiber werden als erste bedient. Dies spielt für die Instandhaltung und Reparaturen der Windkraftanlagen und Biomassekraftwerke eine sehr große Rolle. Eine Rückbauverpflichtung besteht nicht. Wenn eine Kommune ihren Haushalt nicht im Griff hat, wie soll sie dann ihre Windkraftanlagen im Griff haben?

Erich Boson

Foto: music4life, pixabay

Ruhrkultour Leseempfehlung:

- [Weitere Titel von Jeremy Rifkin](#)



Werbung

Gerd Schultze-Rhonhof

1939

Der Krieg, der
viele Väter hatte

Der lange Anlauf
zum Zweiten Weltkrieg

KOPP